

# Kommunalwahl 2014 Wahlprogramm

Jeder der sich mit den gegebenen Verhältnissen  
nicht zufrieden gibt, und diese ändern will,  
ist ein Pirat!

Entwurf v0.72 20.03.13



**PIRATEN  
PARTEI  
KV NÜRNBERG**

Bürgerbeteiligung - Transparenz - Bildung - Freiheit - Bürgerrechte

# **Entwurf Kommunalwahlprogramm Piratenpartei Nürnberg v 0.72**

Bürgerbeteiligung – Transparenz – Bildung – Freiheit – Bürgerrechte

## **Inhalt**

### **A Unsere Ziele**

Wir sind die Piraten  
Bürgerbeteiligung  
Grundrechte verteidigen  
Informationelle Selbstbestimmung  
Transparenz  
Faires Urheberrecht

### **B Mitdenken, mitreden, mitentscheiden**

#### **Mehr Demokratie**

Bürgerversammlungen erweitern  
Rederecht bei Empfehlungen der Bürgerversammlungen  
Bürgerentscheide möglich machen  
Bürgerbefragung bei Großprojekten  
Einführung eines Bürgerhaushalts  
Kommunale Demokratie für alle  
Digitale Bürgerbeteiligung: Nürnberg Feedback  
Öffentlich-private Partnerschaften

### **C Soziale Verantwortung**

#### **Junges Nürnberg**

Bessere Betreuung in Kindertagesstätten  
Freiräume für Jugendliche  
Demokratische Beteiligung in der Schule

#### **Kultur**

Kultur für alle - Pilotprojekt: 'Zahl was es dir wert ist!'  
Mehr Subkultur anstatt subventionierte Hochkultur  
Medienkompetenz stärken

#### **Verkehr**

Ticketloser Nahverkehr  
Freies Kurzzeitparken  
Durchblick im Schilderwald  
Flughafen Nürnberg  
Kritischer Ausbau des Individualverkehrs

#### **Soziales**

Mitsprache bei sozialer Sicherung  
Arbeitsgemeinschaft NürnbergPass  
Bezahlbarer Wohnraum

## **D Transparente Politik braucht keine Hinterzimmer**

### **städtische Daten nutzen**

Transparentes Nürnberg  
Transparenz in städt. Beteiligungsgesellschaften  
Stadtratssitzungen online übertragen  
Einsatz von Open-Source-Software in der Stadtverwaltung  
Verständlicher Haushaltsplan

### **private Daten schützen**

Datenschutz in der Verwaltung  
Sicherheit statt Überwachung im öffentlichen Nahverkehr  
Kameraüberwachung prüfen und reduzieren

## **E Gemeinsam Zukunft gestalten.**

### **Schönes Nürnberg**

Attraktiver Öffentlicher Raum  
Zukunft des Volksbades  
Rathaussaal  
Max-Morlock-Stadion

### **Grünflächen sind mehr wert**

Neue Baumstandorte im städtischen Bereich  
Verbesserung der Pflege städtischen Grünanlagen - Bürgerengagement nutzen  
Reformierung des Servicebetriebes Öffentlicher Raum (SÖR)

### **Attraktivitätssteigerung des Wohnumfeldes**

Stärkung des Quartierscharakters  
Sicherung der lokalen Nahversorgung  
Direkte Ansprechpartner in Bürgerbüros  
Bürgernahe Polizei

### **Recht auf Stadt**

Bewusster Umgang mit dem Nürnberger Stadtbild  
Beteiligung im Vorfeld von Bauaufgaben, alle Projekte öffentlich Baukunstbeirat  
Bürgerbeteiligung „bottom up“ statt „top down“

## **F Unsere Piraten vor Ort**

Vorstellung Kandidaten  
Geschäftsstelle  
Photos der Aktiven

## **G Weitere Standpunkte in Kurzform**

Weitere Anträge in Kurzsätzen

## A Unsere Ziel

Wir sind die Piraten

Freiheitsrechte und die Gestaltung der modernen Informations- und Wissensgesellschaft im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sind die Kernanliegen der Piratenparteien in ganz Europa und weltweit - und natürlich auch bei uns in Bayern.

Am 10. September 2006 wurde die Piratenpartei Deutschland in Berlin gegründet. Während des Wahlkampfs zur Europawahl und Bundestagswahl 2009 erlebte die Piratenpartei einen raschen Mitgliederzuwachs. Bei der Bundestagswahl konnte sie als neue Partei sofort 2% der Stimmen erreichen. Für die schwedische Schwesterpartei sitzen zwei Abgeordnete im Europaparlament.

Der uralte Traum, alles Wissen und alle Kultur der Menschheit zusammenzutragen, zu speichern und heute sowie in der Zukunft verfügbar zu machen, ist durch die rasanten Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte im Bereich der Informationstechnologien in greifbare Nähe gerückt. Wie jede bahnbrechende Neuerung erfasst diese alle Lebensbereiche und führt zu tief greifenden Veränderungen der Gesellschaft. Die Piratenpartei möchte dazu beitragen, dass die Chancen dieser Entwicklungen genutzt werden und kämpft dafür, die Gefahren des Missbrauchs abzuwenden.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind auch auf kommunaler Ebene die Grundpfeiler der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts. Nur auf dieser Basis kann eine von den Bürgern getragene, sozial gerechte, freiheitlich-demokratische Grundordnung bewahrt werden. Die Piratenpartei ist Teil einer weltweiten Bewegung, die diese Ordnung zum Vorteil aller mitgestalten will.

Den Durchbruch schaffte die Piratenpartei in Deutschland bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin am 08.08.2011. Der Popularitätsschub führte zu einem Eintrittswelle von Bürgern, welche die politischen Forderungen der Partei auf eine breitere Basis stellte und das Thema Bürgerbeteiligung noch stärker in den Mittelpunkt rückte. Seit dem zog Sie in drei weitere Landesparlamente ein.

Der Erfolg der Piratenpartei hatte bereits weit reichende Folgen bei der Ausrichtung der etablierten Parteien. So ist das Schlagwort „Transparenz“ aus dem täglichen politischen Wortschatz nicht mehr wegzudenken, und zahlreiche Parteien führen die direkte Befragung der Bürger für ihre strategische Ausrichtung ein. Ein kommunales Beispiel ist hier der im Februar abgehaltene Zukunftskonvent der SPD in Nürnberg.

### **Bürgerbeteiligung**

Die repräsentative, parlamentarische Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland fußt auf die vermeidlich schwache demokratische Tradition im Nachkriegsdeutschland. Es ist an der Zeit diese gründlich zu reformieren und mehr direkte demokratische Elemente einzuführen, um die interessierte und informierte Bürgerschaft aktiv in die politischen Prozesse mit einzubinden. Dieses mit dem Einsatz der neuen Medien umzusetzen ist eines der Grundanliegen der piratigen Bewegung.

### **Grundrechte verteidigen**

Die Piratenpartei setzt sich für einen stärkeren Schutz und die unbedingte Achtung der Menschen- und Bürgerrechte ein. Die gesamte Politik muss diese Rechte zum Maßstab ihres Handelns machen.

### **Informationelle Selbstbestimmung**

Das Recht des Einzelnen, die Nutzung seiner persönlichen Daten zu kontrollieren, muss garantiert werden. Wir wollen weder den gläsernen Bürger noch den gläsernen Konsumenten.

### **Transparenz**

Alles staatliche Handeln muss transparent und für jeden nachvollziehbar sein. Nach unserer Überzeugung ist dies unabdingbare Voraussetzung für eine moderne Wissensgesellschaft in einer freiheitlichen und demokratischen Ordnung.

### **Faires Urheberrecht**

Das Urheberrecht muss die Bedürfnisse von Konsumenten und Produzenten gleichermaßen berücksichtigen. Eine Gesellschaft, in der die Grenzen zwischen Konsumenten und Produzenten immer mehr verschwinden, kann sich nicht am Urheberrecht einer Kulturepoche passiver Konsumenten orientieren. Aus dem Staatshaushalt wird eine Vielzahl schöpferischer Tätigkeiten finanziert. Da diese Werke von der Allgemeinheit finanziert werden, sollten sie auch der Allgemeinheit frei zur Verfügung stehen.

## **B. Mitdenken, mitreden, mitentscheiden**

Eine lebendige Kommune lebt vom Engagement ihrer Bürgerinnen und Bürger. Die Kommunalpolitik muss die Interessen und Wünsche der Bürger ernst nehmen und als Chance für die Gesellschaft begreifen und fördern.

Echte Mitbestimmung und Teilhabe darf sich daher nicht auf die einmalige Stimmabgabe alle sechs Jahre an der Wahlurne beschränken. Das bisherige Modell, bei dem man nur die Wahl zwischen „kleineren Übeln“ hatte, die dann meistens noch mit einem „größeren Übel“ die neue Regierung gebildet haben, muss um weitere Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung erweitert werden.

Wir wollen, dass jeder Einwohner an allen wesentlichen Entscheidungen für die Kommune beteiligt wird. Möglichkeiten dazu sind z.B. der Bürgerentscheid oder die Aufstellung eines Bürgerhaushaltes.

Mehr Bürgerbeteiligung verbessert die Akzeptanz von politischen Entscheidungen und die Zufriedenheit mit ihnen. Die Politikerinnen und Politiker müssen ihre Entscheidungen den Menschen besser erklären und nachvollziehbar machen, um Zustimmung zu erhalten. Dies haben uns die Proteste gegen Stuttgart 21 besonders deutlich vor Augen geführt.

Ausgehend von dem Gedanken, dass Bürgerinnen und Bürger über ihre Angelegenheiten selbst mitreden und mitbestimmen sollen, fordern wir völlige Transparenz bei öffentlich-privaten Partnerschaften.

Am 16. März 2014 haben Sie eine echte Alternative für einen Politikwechsel in Ihrer Stadt.

Die einzige Alternative - Die Piratenpartei!

### **Mehr Demokratie**

#### **Bürgerversammlungen erweitern**

Die Piratenpartei fordert, dass die Stadt Nürnberg ihren Verpflichtungen nach der Gemeindeverordnung nachkommt, und Bürgerversammlungen in den Stadtbezirken jährlich abhält (Art. 18 GO). Des Weiteren muss die Tagesordnung der Bürgerversammlungen mind. 4 Wochen vor der Versammlung veröffentlicht und ausführlich auf die Einflussnahme der Bürger (Ergänzung der Tagesordnung durch Bürger, Aussprechen von Empfehlungen für den Stadtrat durch Versammlung) hingewiesen werden.

#### **Rederecht bei Empfehlungen der Bürgerversammlungen**

Das Grundgesetz räumt in Artikel 17 jedermann das Recht ein, sich schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die Volksvertretung zu wenden. Die Piratenpartei fordert einen für die Bürger fairen Umgang mit den Empfehlungen der Bürgerversammlungen. Der oder die Initiatoren der Empfehlung müssen schriftlich zur Sitzung des Stadtrates geladen werden, in der die Empfehlung behandelt wird, und Sie sollen ein Rederecht im selben Umfang erhalten, wie es einer Fraktion zustehen würde.

#### **Bürgerentscheide möglich machen**

Die Landesverfassung sieht Bürgerentscheide und Bürgerbegehren in Städten und Gemeinden vor. Die Hürden hierfür sind jedoch zu hoch. Deshalb setzt sich die Piratenpartei für eine grundlegende Verbesserung bei Bürgerentscheiden und -begehren in der Landesverfassung ein.

Bürgerbegehren sollen zugelassen werden, wenn drei statt bisher zehn Prozent der Wahlberechtigten das Begehren unterstützen. Das Zustimmungsquorum, das festlegt, wie hoch die Beteiligung an einem Bürgerentscheid mindestens sein muss, soll abgeschafft werden. Jeder Bürgerentscheid muss gelten, denn jeder ist eingeladen abzustimmen. Der Negativkatalog von Themen, über die nicht abgestimmt werden darf, soll ebenfalls entfallen.

### **Bürgerbefragung bei Großprojekten**

Bei langfristigen und teuren Projekten ist es besonders wichtig, die Bürger schon im Vorfeld zu beteiligen und das Projekt legitimieren zu lassen. Damit wird der weitere Projektverlauf deutlich erleichtert und unnötige Kosten werden vermieden.

Nach unserer Auffassung sollten vor kommunalen Entscheidungen mit einem Investitionsvolumen von über 15 Millionen Euro öffentlicher Mittel Bürgerbefragungen durchgeführt werden. Bis Bürgerbegehren und -entscheide auf kommunaler Ebene besser in der Landesverfassung geregelt sind, könnten solche Bürgerbefragungen eine Überbrückungshilfe sein. Eine Befragung ist zur Zeit zwar nicht bindend, die Volksvertreter sollten aber dem Willen der Bürger folgen.

### **Einführung eines Bürgerhaushalts**

Die Piratenpartei setzt sich für die Durchführung eines Bürgerhaushalts für die Stadt ein. Der Bürgerhaushalt, auch partizipativer Haushalt oder Beteiligungshaushalt genannt, ist eine in den 1980er Jahren entwickelte, direkte Art von Bürgerbeteiligung. Die Verwaltung eines Kreises, einer Stadt oder einer Gemeinde bemüht sich dabei um mehr Haushaltstransparenz und lässt die Bürger über Teile der frei verwendbaren Haushaltsmittel mitbestimmen.

Über die Verwendung der zur Verfügung stehenden Mittel verständigen sich die Bürger selbstständig. Die Verwaltung begleitet diesen Prozess vorwiegend moderierend und beratend. Mit dem Bürgerhaushalt soll die Verschwendung öffentlicher Mittel, wie zum Beispiel durch unwirtschaftliche Prestigeprojekte, reduziert und die Bevölkerung an kommunalen Entscheidungsprozessen stärker beteiligt werden.

### **Kommunale Demokratie für alle**

Nicht-EU-Bürger haben derzeit kein Wahlrecht bei Kommunalwahlen. Städte, Gemeinden und Landkreise können es sich nicht leisten, zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung von der politischen Willensbildung durch Wahlen auszuschließen. Die Piratenpartei will deshalb das kommunale Wahlrecht für alle Migrantinnen und Migranten und fordert Bundestag und Bundesrat dazu auf, die notwendige Grundgesetzänderung vorzunehmen.

### **Digitale Bürgerbeteiligung**

Die Piratenpartei Nürnberg setzt sich für die Einführung eines Liquid Feedback Systems, eine besondere Form der Online- Abstimmung, als Werkzeug digitaler Bürgerbeteiligung ein. Damit wird der Forderung nach mehr direkter Demokratie anstatt der bisherigen rein repräsentativen Form Rechnung getragen, und die Möglichkeiten, welche die digitale Entwicklung im Bezug auf Kommunikation und Vernetzung enthält, genutzt.

Der Bürger soll auf zwei Arten aktiv mitwirken können: Zum einen können Anträge der Stadtratsfraktionen als Meinungsbild vom Bürger unterstützt, kommentiert und mit Anregungen verbessert werden. Damit haben die Antragsteller besseren Überblick über den Willen des Volkes. Zum anderen soll der Bürger die Möglichkeit haben selber Anträge stellen zu können. Durch eine notwendige Zahl an Unterstützern kann hier Missbrauch vorgebeugt werden. Anträge, die genügend Unterstützer gefunden haben, sollen von den Stadträten als Stadtratsanträge übernommen werden.

### **Öffentlich-private Partnerschaften**

Wegen der knappen Kassen bei Stadt werden neuerdings vermehrt öffentliche Projekte durch private Gesellschaften vorfinanziert und durchgeführt. Im Gegenzug steht den

Investoren eine Beteiligung an den Einnahmen zu. Dadurch werden die Projekte für die Bürger teurer und die Stadt verschuldet sich höher, ohne das sie dies in ihren Bilanzen ausweisen muss.

Die Verträge der Öffentlich-private Partnerschaften müssen rechtzeitig vor dem Abschluss offen gelegt werden. Die Bürgerinnen und Bürger müssen sich selbst ein Bild von den Inhalten der zu treffenden Vereinbarungen machen können. Die Piratenpartei sieht bei diesen Projekten grundsätzlich das Problem der Vermarktung öffentlicher Interessen. Damit fördert die Stadt, dass private Einrichtungen noch mehr Einfluss auf kommunale Aufgabenfelder nehmen.

## **C. Soziale Verantwortung**

Die Piratenpartei möchte den Bürgern mehr Freiheiten eröffnen und den verantwortungsvollen Umgang mit diesen Freiheiten fordern. Unser grundlegend neues Konzept ist, dass wir im Gegensatz zu anderen Parteien den Bürgern vertrauen und ihnen nicht unterstellen, dass sie ihre Freiheiten missbrauchen.

Wir wollen ein gesellschaftliches Miteinander, in der die Stadt ihre soziale Verantwortung für ihre Bürger ernst nimmt und ihre gesetzlichen Verpflichtungen erfüllt. Zugleich sollen die Nürnberger Bürger Verantwortung für ihre Stadt und ihre Mitmenschen übernehmen.

Nürnberg lebt vom Engagement seiner Bürger. Jeder von ihnen kann nach seinen Fähigkeiten und Wissen zum Gemeinwohl beitragen. Aufgabe der Stadt ist es, die Freiheiten und das Engagement der Bürger wertzuschätzen, sowie gute Rahmenbedingungen für die gesellschaftliche Teilhabe seiner Bürger zu schaffen. Die Bevormundung der Bürger durch Regeln und Verbote muss auf ein Minimum reduziert werden.

Um dem demografischen Wandel entgegen zu wirken, muss Nürnberg für junge Familien und Alleinerziehende mit Kindern attraktiver werden. Wir wollen die Betreuung der Kinder in Kindertagesstätten deutlich verbessern.

Kultur ist identitätsbildend. Unabhängig vom Geldbeutel müssen die Bürger kulturelle Einrichtungen nutzen können. Jeder Einzelne sollte selbst darüber entscheiden können was ihm beispielsweise der Besuch eines Museums wert ist. Wir lehnen es ab, dass bedürftige Menschen ihre finanzielle und soziale Situation entblößt werden, sowie Kontrollen über sich ergehen lassen müssen, um Leistungen zu erhalten. Leistungsbezieher sollen mehr Möglichkeiten zur Mitsprache bekommen.

### **Junges Nürnberg**

#### **Bessere Betreuung in Kindertagesstätten**

Wir wollen eine optimale Förderung und Betreuung unserer Kinder. Die momentane Gruppenstärke und die schwache personelle Ausstattung der Kindertagesstätten lassen hierfür leider keinen Handlungsspielraum. Der Umgang mit auffälligen Kindern liegt im Moment einzig und allein in der Hand der jeweilig zuständigen Erzieher. Für eine Aufarbeitung von Problemen im Team ist derzeit kein Platz in den Dienstplänen der Kitas.

Deshalb muss der Betreuungsschlüssel kontinuierlich verbessert werden. Kleinere Gruppenstärken mit der Möglichkeit die Kinder individuell fördern zu können, wären die positiven Folgen. Des weiteren müssen die Fachkräfte von zusätzlichen fachfremden Arbeiten wie z.B. Kochen oder Putzen befreit werden, um sich mehr auf ihre Kernaufgaben, die Betreuung der ihnen anvertrauten Kinder konzentrieren zu können. Teambesprechungen, Vor- und Nachbereitungszeiten sind ebenfalls zu fördern und festzusetzen.



## **Freiräume für Jugendliche**

Der Alltag unserer von Kindern und Jugendlichen wird im Zeitalter unseres verindustrialisierten Bildungssystems zeitlich und räumlich immer mehr reglementiert. Mehr Freiräume, gute Freizeitangebote und selbstbestimmte Entwicklungsmöglichkeiten sind aber eine der wichtigsten Voraussetzungen für ein kindergerechtes Deutschland. Kinder und Jugendliche muss wieder öfters die Möglichkeit geben werden, wieder Unter-sich-zu-Sein oder einfach mal wieder Kind-Sein zu dürfen.

Die Nürnberger Piraten treten dafür ein, ungenutzte städtische Räume kostenlos für die kreative Eigeninitiative nutzbar zu machen, Schulhöfe und Grünflächen jederzeit offen zu halten und mehr Jugendzentren als moderierte oder selbstverwaltete Institutionen mit von den Jugendlichen selbstbestimmte Öffnungszeiten zu betreiben. In diesen Freiräumen können sich dann die Kinder und Jugendlichen wieder ihre eigenen „Zimmer“ im öffentlichen Raum schaffen, und der Alltag wird wieder ein Stück „entstresst“.

## **Demokratische Beteiligung in der Schule**

Schule ist einer der Institution der Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Milieus zusammenkommen. Damit ist sie der Ort, an dem eine Gesellschaft zusammenwächst - oder Gruppen voneinander getrennt werden. Einen Ausbau der Schülermitverwaltung (SMV) zu mehr direkter Beteiligung an der Schule ist die Ideale Voraussetzung um demokratische Abläufe wie die Erarbeitung und Präsentation der eigenen Projekte, und die Suche nach Mehrheiten zur Umsetzung einzuüben, und damit frühzeitig die politischen Mechanismen zu verstehen und zu nützen. Wirkungsfelder können hier Gestaltung der Unterrichtsräume, Freizeitangebote, Schulprojekte oder die Gestaltung von Wahlfächern sein. Demokratie kann hier praktizieren werden anstatt nur im Unterricht über demokratische Theorien zu hören.

## **Kultur**

### **Kultur für alle - Pilotprojekt: 'Zahl was es dir wert ist!'**

Von dem großen Kulturangebot Nürnbergs sollen alle Bürger unabhängig von ihrem Geldbeutel profitieren können. Daher schlagen wir vor, für Museen und Ausstellungen in städtischer Trägerschaft die Nutzungsentgelte auf EUR 1,- festzusetzen.

Wir schlagen vor, dass die jährlichen Kosten einer Einrichtung und die angestrebte Besucherzahl veröffentlicht werden. Daraus ergibt sich ein rechnerischer Eintrittspreis, der zur Orientierung angegeben wird. Der Besucher einer Einrichtung soll darüber entscheiden, welchen Preis er zahlen möchte, mindestens einen Euro. Ihm soll dabei bewusst sein, welche Kosten die Eintrittsgelder decken müssen. Auch wer wenig Geld hat, soll mit diesem Modell Zugang zu Kultur erhalten. Wer viel hat, steht in der Verantwortung mehr zu zahlen.

Als Pilotversuch könnte dies Beispielsweise am Tiergarten erprobt werden. Durch ein einen geringeren Eintrittspreis haben sozial schwächere und kinderreiche Familien die Möglichkeit haben, diese Ausflugsmöglichkeit zu nutzen. Kurze Spaziergänge im Tiergarten werden dann auch wieder attraktiver.

### **Kulturraum Nürnberg fördern – Mehr Subkultur statt subventionierte Hochkultur**

Die Piratenpartei will die freie Kultur in und um Nürnberg grundsätzlich fördern. Wir wollen Kulturinitiativen Freiräume bieten und Kultur- und Sportvereine unterstützen. Bestehende Kulturräume sollen erhalten bleiben.

## **Medienkompetenz stärken**

Die Piratenpartei setzt sich für die Förderung der Medienkompetenz in der Bevölkerung ein. Der Umgang mit dem Internet ist heute eine Schlüsselkompetenz zur gesellschaftlichen Teilhabe. Medienkompetenz muss dort vermittelt werden wo die Bürger leben, daher sehen wir darin eine kommunale Aufgabe.

## **Verkehr**

### **Ticketloser Nahverkehr**

Es gibt einen unübersehbaren Zusammenhang zwischen der Einkommenssituation und der Teilhabe an der Mobilität: Haushalte mit geringem Einkommen können sich häufig kein eigenes Auto leisten und sind auf einen gut ausgebauten öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) angewiesen. Aufgrund der vom Stadtrat beschlossenen massiven Fahrpreiserhöhung werden aber immer mehr Gruppen, darunter auch Schüler und Studenten von der Nutzung der Busse und Bahnen ausgeschlossen.

Demgegenüber sieht die Piratenpartei Mobilität im städtischen Raum als Grundrecht an, von dem niemand aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten ausgeschlossen werden darf. Wir stehen deshalb für die Einführung des ticketlosen Nahverkehrs, da dieser die Attraktivität des ÖPNV massiv erhöht und die Nutzung durch den Wegfall des teilweise komplizierten Erwerbs der Fahrkarte wesentlich erleichtert. Der ÖPNV wird in Nürnberg bereits massiv subventioniert, so dass der relativ geringe Erlös aus dem Verkauf der Fahrkarten durch Einsparung bei den Verkaufsstellen (Automaten), bessere Vermarktung der Werbeflächen in den Bussen und Bahnen, Einführung einer Touristensteuer und eine geringe Erhöhung der Grund- und Gewerbesteuer kompensiert werden könnte

Als Pilotprojekt regen die Nürnberger Piraten an, die Buslinie 36 ticketfrei zu betreiben, da diese mit der Route von der Innenstadt zum Dokuzentrum sowohl für Bewohner der Altstadt als auch für Touristen attraktiv ist, und dort die Auswirkungen gut untersucht werden könnte.

### **Freies Kurzzeitparken**

So genannte 'kleine Besorgungen' wie der Kauf von Brötchen, einer Zeitung oder eines Kaffee zum Mitnehmen, werden durch den erzwungenen Kauf eines Parkscheins unnötig verteuert. Besonders Kunden der Einzelhändler in der Stadtmitte sind davon betroffen. Wir wollen daher das Parken in der ganzen Stadt mit Parkscheiben für 30 Minuten kostenlos erlauben. Parkflächen, deren Nutzung über eine Dauer von 30 Minuten hinaus bereits gratis ist, bleiben von dieser Regelung unberührt. Die Länge der Gratisparkzeit soll keine Konkurrenz zum ÖPNV herstellen, und ist daher kurz zu halten. Wer mit dem Auto in die Innenstadt fährt und dort lange parkt, der soll dafür auch zahlen, kurze Besorgungen wollen wir aber vereinfachen.

### **Durchblick im Schilderwald**

Zu viele Schilder lenken Fahrer ab und machen den Verkehr unsicherer. Insbesondere, wenn Parkflächenmarkierungen neben Gefahrenzeichen stehen, werden wichtige Gefahrenschilder schnell wegen der Park- und Zusatzschilder übersehen. Dabei gäbe es andere Möglichkeiten Parkflächen zu markieren, zum Beispiel durch Markierungen am Bordstein. Wir wollen auf nichtgefahrenrelevante Schilder verzichten damit gefahrenrelevante Zeichen ihre Geltung erhalten! Bei Strassen Neu- und Umbauten ist auf eine sparsame Beschilderung zu achten.

### **Zukunftsfähiger Flughafen Nürnberg**

Der Flughafen wurde auf Grund von zu hohen Erwartungen im Hinblick auf wachsende Passagierzahlen zu schnell und zu groß erweitert. Mit dem Einbruch der Passagierzahlen in Folge der Finanzkrise und den steigenden Flugpreisen ist nun die Betreibergesellschaft (Stadt Nürnberg und Bayern) mit hohen Fixkosten und sinkenden Einnahmen konfrontiert, und versucht verzweifelt mit zweifelhaften Ausbaustrategien wieder Herr der Lage zu werden.

Die Piratenpartei Nürnberg spricht sich für ein "down sizing" des Nürnberger Flughafens aus. Dabei sollen die zur Zeit nicht benötigten Gebäude des Terminals stillgelegt, und falls möglich untervermietet werden. Auch die öffentliche Subventionierung eines Kongresszentrums, eines Gewerbegebietes, eines Einkaufszentrums und ähnlicher Einrichtung, welche die Attraktivität des Flughafens künstlich steigern sollen, halten wir für Fehlinvestitionen, da der Nürnberger Flughafen sich mit einem tragbaren Konzept selbst finanzieren sollte. Zur weiteren Entwicklung sollte ein "Joint Venture" mit einem Großflughafen wie Frankfurt a.M. oder München geprüft werden.

### **Kritischer Ausbau des Individualverkehrs**

Die Piratenpartei Nürnberg lehnt die Anbindung des Flughafens mittels Tunnel und Trasse durch den Reichswald, so wie sie aktuell geplant ist aus Ökologischen und Wirtschaftlichen Gründen ab. Wir fordern hingegen eine neutrale Prüfung der Westanbindung an die bestehende B4. Diese ließe sich kostengünstig und ökologisch realisieren und bietet eine hervorragende Anbindung an das ÖPNV Konzept. Auf Höhe Wegfeld würde ein neuer Verkehrsknoten mit Bus, Straßenbahn und direkter Flughafenanbindung entstehen.

Die Piraten fordern einen von der Stadt auszuführenden Bürgerentscheid zum Ausbau des Frankenschnellweges. Eine sorgfältige Aufarbeitung der Fakten soll als Grundlage für einen stadtweiten Bürgerentscheid dienen, bei dem der Nutzen und die Kosten für die Stadt klar gegenüber gestellt werden müssen. Dabei ist aufzuzeigen, welche anderen Projekte wie z.B. die vernachlässigte Pflege der Grünanlagen und das Ziel eines ausgeglichenen Haushaltes von den enormen finanziellen Auswirkungen des Ausbaus des FSW betroffen sind.

### **Soziales**

#### **Mitsprache bei sozialer Sicherung**

Die Piratenpartei spricht sich dafür aus, die sozialen Sicherungsleistungen nach geltenden Gesetzen und Rechtsprechung an die Berechtigten auszuzahlen. Die Stadt soll in diesem Bereich nicht eigenmächtig und unrechtmäßig kürzen oder einsparen.

Weiter fordern wir eine bessere Einbindung der Leistungsbezieher. Auf Grund der Vielzahl an nicht nachvollziehbaren Entscheidungen der ARGE und der ständig wachsenden Zahl von Verfahren vor deutschen Sozialgerichten fordert die Piratenpartei, dass dem ARGE-Beirat mindestens ein Vertreter der Erwerbslosen angehören soll. Außerdem setzt sich die Piratenpartei für die Einrichtung eines sog. 'Runden Tisches' der Erwerbsloseninitiativen und Sozialverbände als Unterausschuss des Sozialausschusses der Stadt. Die Einführung der Bürgerarbeit muss transparent geschehen. Wir fordern die Veröffentlichung des Konzeptionsplanes. Eine Teilnahme an diesem Modellprojekt sollte ausschließlich freiwillig sein, Sanktionen lehnen wir ab.

#### **Arbeitsgemeinschaft NürnbergPass**

Die Piratenpartei setzt sich für die Einrichtung einer überparteilichen Arbeitsgruppe ein, die sich mit Fragen von Mobilität, sozialer und kultureller Teilhabe von Hartz IV- und Sozialhilfeempfängern sowie Geringverdienenden beschäftigen soll. Die gesetzlichen Vorgaben der Bundesebene zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Hartz IV Familien lassen die Einführung einer „Chipkarte“ als unumgänglich erscheinen. Auch deshalb sollten Fragen einer einheitlichen Karte, des Leistungsumfangs und des Datenschutzes, sowie mögliche Alternativen grundsätzlich diskutiert werden.

### **Bezahlbarer Wohnraum**

Die Piraten setzen sich für einen gemeinsamen Aktionsplan für eine nachhaltige, sozialverträgliche und zukunftsfähige Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum auf kommunaler Ebene ein. Hierzu sollte die städtische Satzung, die geförderten Wohnungsbau ab einer bestimmten Projektgrösse fordern, so angepasst werden, so dass auch bei Bauvorhaben unter 100 Wohnungen ein prozentualer Anteil an Sozialwohnungen nachgewiesen werden muss. Parallel dazu gilt es die Reaktivierung von Baugenossenschaften, Baugruppen und andere alternativen Formen zu den rein gewinnorientierten Projektentwicklern zu fördern. Eine sozialgerechte Bodenordnung nach dem Vorbild von München sollte auch in Nürnberg geprüft und erlassen werden.

## **D. Transparente Politik braucht keine Hinterzimmer**

Der Stadtrat und die Stadtverwaltung bekommen ihre Macht von den Bürgern in Wahlen auf Zeit geliehen. Sie handeln im Auftrag der Bürger. Diese Tatsache wollen wir wieder mit Leben füllen.

Was die Verwaltung macht, muss deshalb für die Bürger als Auftraggeber transparent und nachvollziehbar sein. Verträge und Gutachten der Stadt müssen öffentlich und kostenlos zugänglich sein. Das gilt ebenso für die Unterlagen von städtischen Betrieben.

Wir wollen, dass Meinungsbildung und Politik auf Daten und Fakten beruht und nicht auf Ideologien von Parteien oder Medien angewiesen ist! Die Piratenpartei lebt Transparenz vor. Unsere Treffen und Sitzungen sind öffentlich. Die Sitzungen der Parteivorstände aller Instanzen werden live ins Internet übertragen und können dort jederzeit abgerufen werden.

Auf der anderen Seite wird es immer leichter, Daten der Bürger aus verschiedenen Verwaltungssystemen miteinander zu verknüpfen. Damit wird der gläserne Bürger möglich. Der Staat drückt damit sein Misstrauen gegenüber den Menschen aus. Die zunehmenden Überwachungsmassnahmen und -gesetze führen zu einem angepassten Verhalten der Bürger und schränken individuelle Freiheiten ein. Diese Entwicklung ist eine Gefahr für die Demokratie.

Die Piratenpartei setzt sich für eine Gesellschaft ein, die auf gegenseitigem Grundvertrauen aufbaut. Wir finden, die Stadt soll sich aus dem Privatleben der Bürger heraushalten. Wir fordern Datensparsamkeit in der Verwaltung und wollen, dass die Stadt verantwortungsvoll die Freiheit ihrer Bürger schützt.

### **Städtische Daten nutzen**

Die kommunale Verwaltung hält Akten unter dem Vorwand des Datenschutzes Dritter zurück. Wir befürchten hier ein Schlupfloch der Verwaltung und fordern die Stadt umgehend auf die Voraussetzungen zu schaffen, um bisher nicht zugängliche Behördenunterlagen zur Veröffentlichung aufzubereiten.

Eine Abteilung soll systematisch den Aktenbestand digitalisieren und veröffentlichen, beginnend mit Vergabeunterlagen für öffentliche Aufträge. Ausgenommen hiervon sollen Angelegenheiten der Sozial- und Leistungsverwaltung sein.

### **Transparenz in städt. Beteiligungsgesellschaften**

Die Stadtverwaltung und die städtischen Gesellschaften sind den Bürgern rechenschaftspflichtig. Diese Rechenschaft soll jeden Monat detailgenau im Internet abrufbar ein.

Wir fordern Transparenz für die Verwaltungseinheiten der Stadt und alle Mitgliedschaften, an denen die Stadt große Beteiligung hält. Personenbezogene Daten müssen von der Veröffentlichung ausgenommen bleiben. Durch die Transparenz wollen wir das Vertrauen der Bürger in die Verwaltung und die Städtischen Betriebe stärken. Sollte es Misswirtschaft in Verwaltung oder Betrieben geben, wird dies durch die verbesserte Möglichkeit der öffentlichen Einsichtnahme schneller erkannt und behoben.

### **Stadtratsitzungen online übertragen**

Der Stadtrat ist das wichtigste Gremium der Kommunalpolitik. Dort wird öffentlich über die Zukunft der Stadt debattiert und abgestimmt. Wer keine Möglichkeit hat direkt an den Sitzungen teilzunehmen, kann die Abläufe und Argumente der Diskussionen kaum nachvollziehen.

Wir wollen Stadtratsitzungen und die Sitzungen der Ausschüsse deshalb live und für jeden zugänglich ins Internet übertragen. Die Sitzungen sollen per Video aufgezeichnet und auf der Webseite der Stadt verfügbar gemacht werden. So kann sich jeder Bürger unabhängig von Ort und Zeit informieren.

### **Einsatz von Open-Source-Software in der Stadtverwaltung**

Die Piraten fordern und fördern den Einsatz von freier Software in der Verwaltung, wo immer dies sinnvoll möglich ist. Hierzu zählt insbesondere der Einsatz von freier Software wie dem Betriebssystem Linux, der Büroanwendung OpenOffice oder dem Internetbrowser Mozilla Firefox nach dem Vorbild der Stadtverwaltung München („LiMux“Projekt). Die Umstellung soll schrittweise im Rahmen von Ersatzinvestitionen erfolgen. Dieses Modell hat sich in anderen Städten bereits gut bewährt, und führt dazu, dass im Haushalt eine nicht unbedeutende Summe für Softwarelizenzen eingespart werden kann.

### **Verständlicher Haushaltsplan**

Die Möglichkeit für jeden Bürger in den Haushalt der Stadt Einblick zu nehmen sollte heute eine Grundvoraussetzung sein, zudem es die Einführung eines Bürgerhaushaltes erleichtert. Zwar wird dies in Teilen bereits durch das Ratsinformationssystem geleistet, jedoch sind dessen Inhalte nicht geeignet um einen schnellen Überblick über Zusammenhänge der Einnahmen und Ausgaben der Stadt zu erhalten. Die Piratenpartei fordert, dass der Haushalt in klaren Tabellen und leicht verständlichen Grafiken dargestellt wird, so dass sich auch ein ökonomisch wenig bewandelter Bürger leichter Einblick in die städtischen Finanzen erhält.

### **private Daten schützen**

#### **Datenschutz in der Verwaltung**

Die Stadtverwaltung erhebt von den Bürgern verschiedene, personenbezogene Daten, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendig sind. Wir fordern, die Erhebung von Daten auf ein Minimum zu reduzieren. Das beugt Datenmissbrauch vor.

Besonders im Meldewesen sind die Begehrlichkeiten an Daten groß. Die Verwendung der Meldedaten sollte standardmäßig auf das Mindestmass an städtischen Aufgaben begrenzt werden. Dann könnte die Stadt Meldedaten nur noch mit expliziter Zustimmung der Bürger weitergeben oder verkaufen. Wo es sinnvoll ist sollen die Aufbewahrungsfristen verkürzt werden. Wir fordern die Stadt auf, offen zu legen, welche Daten ihrer Bürger sie speichert und wie sie diese schützt.

### **Sicherheit statt Überwachung im öffentlichen Nahverkehr**

Die VAG versucht, das Sicherheitsgefühl der Fahrgäste in den Bussen und Bahnen durch den flächendeckenden Einsatz von Überwachungskameras zu steigern. In einer tatsächlichen Gefahrensituation kann eine Kamera jedoch nicht eingreifen und eine Straftat verhindern. Studien und Statistiken belegen, dass auch die Aufklärungsquoten durch Videoüberwachung nicht deutlich besser sind als vorher. Zudem wird es technisch immer leichter, für sich genommen harmlose Daten automatisch zu verknüpfen, was die vollständige Durchleuchtung der Bürger ermöglicht. Wir setzen deshalb auf Zug- und Busbegleitern im öffentlichen Nahverkehr und Ordnungspersonal auf öffentlichen Plätzen statt auf Kameraüberwachung.

### **Kameraüberwachung prüfen und reduzieren**

Auch im öffentlichen Raum werden immer häufiger Überwachungskameras eingesetzt. Damit wird die Freiheit von Bürgern eingeschränkt, die im öffentlichen Raum nicht beobachtet werden wollen. Die Piratenpartei fordert deshalb eine kritische Überprüfung aller öffentlich betriebenen Überwachungskameras in Nürnberg. Wir fordern die Betreiber auf, den Standort und Blickwinkel der Überwachungskameras zu dokumentieren und darzulegen, welchen Nutzen die jeweilige Kamera hat. Private Kameras, die dauerhaft Bereiche des öffentlichen Raumes filmen, müssen zulassungspflichtig werden.

## **E. Gemeinsam Zukunft gestalten**

Damit Nürnberg lebenswerter und attraktiver für die Bürger wird, wollen wir eigene, frische Ideen einbringen. Dabei sind eine nachhaltige Entwicklung und soziale Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen wichtige Grundsätze für uns.

Im Gegensatz zu den Mehrheitsfraktionen im Rathaus wollen wir Zukunftsprojekte und Grossinvestitionen in der Stadt gemeinsam mit den Bürgern erarbeiten und abstimmen. Demokratie und Transparenz sind für uns Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Stadt und der Gesellschaft.

Aktuell sehen wir, dass die Stadt viele Projekte am erklärten Willen der Menschen vorbei entwickelt. Die Interessen der Nürnberger liegen meist anders, werden aber im Rathaus nicht gehört. Je größer ein Projekt ist, desto größer auch die Interessen und Einflussnahme der Lobbyisten. Bei Großprojekten muss der Stadtrat verpflichtet werden, die Interessen der Bürger zu berücksichtigen und deren Zustimmung einzuholen.

## **Ideen für Nürnberg**

### **Schönes Nürnberg**

#### **Attraktiver Öffentlicher Raum**

Die Piratenpartei setzt sich für die Verbesserung der innerstädtischen Raum- und Lebensqualität für alle Bürger und Besucher ein. Nicht zuletzt auch angesichts des demographischen Wandels ist die barrierefreie Zugänglichkeit und Erreichbarkeit von ausreichend Sitzgelegenheiten und Toiletten eine städteplanerische Notwendigkeit.

Im Gegensatz zum völlig überzogenem Wettbewerb Hauptmarkt, bei dem eine vollkommene Umgestaltung des Marktplatzes angedacht ist, halten wir es primär für notwendig, die Randbereiche des Platzes zu verbessern, um hier eine bessere Querung für Rollstuhlfahrer und Benutzer von Rollatoren zu ermöglichen.

#### **Zukunft des Volksbades**

Eines der ehemals schönsten Gebäude in Nürnberg, das ehem. Volksbad, steht seit Jahrzehnten leer und verfällt zunehmend. Anstatt überdimensionierte Schwimmbäder in Langwasser, oder luxuriöse Haltungsstätten für Delphine zu bauen, sollte sich die Stadtspitze vermehrt darum kümmern, das Volksbad wieder mit neuem Leben zu füllen. Falls eine komplette Nassnutzung beispielsweise als „Wellness – Tempel“ nicht umsetzbar sind, fördern wir die Stadtspitze dazu auf, andere Nutzungen in Erwägung zu ziehen, und bei Privatinitiativen die beispielsweise für eine teilweise museale Nutzung eintreten, nicht wie bisher zu mauern, sondern diese wohlwollen zu prüfen und zu unterstützen.

#### **Historische Ausmalung des Rathaussaals**

Die Nürnberger Piraten unterstützen die Initiative zur Wiederherstellung des Vorkriegszustandes der Ausmalung des Rathaussaals. Albrecht Dürer ist unbestritten der berühmteste Sohn der Stadt Nürnberg. Obwohl davon auszugehen ist, dass Dürer die Ausmalung des Rathaussaals nicht eigenhändig vorgenommen hat, gehört die Gesamtkonzeption der Ausmalung des Saals zu den größten und wichtigsten seiner künstlerischen Werke. Dabei ist nicht nur die künstlerische Qualität herausragend, sondern auch die inhaltliche Botschaft, die zusammen mit dem bedeutenden Humanisten Willibald Pirckheimer konzipiert worden ist. Die Botschaft geht nicht nur mit ihrem Bildinhalt auf die Nutzung des Saales ein, sondern mahnt darüber hinaus ein ethisch moralisches Verhalten der Ratsherrn und der Regierenden an. Die Ausmalung steht deswegen auch für die herausragende Rolle Nürnbergs als Keimzelle des deutschen Humanismus in der Renaissance.

Die originale Farbfassung ist zwar im Laufe der Jahrhunderte des öfteren ausgebessert und teilweise übermalt worden. Gerade aber die vollständige Restaurierung aus dem Jahr 1904/05 ist sowohl aus konservatorischer als auch fotografischer Sicht bestens dokumentiert. Darüber hinaus gibt es aus dem Jahr 1943/44 eine Fotodokumentation in Farbe, die sämtliche Hauptmotive abbildet. Im Krieg wurde das Innere des Rathaussaals nahezu vollständig zerstört. Das ursprüngliche Wiederaufbaukonzept des Innenraums sah die Wiederherstellung der Dürerausmalung vor. In den 80er Jahren entbrannte jedoch eine Diskussion über die Art und Weise der Ausführung, die zu keinem eindeutigen Ergebnis führte, so dass der Rathaussaal bis heute unvollendet geblieben ist.

Durch das Projekt „Zeitreise“, das den Entwurf Dürers mittels Digitaltechnik an die Wand projizierte, wurde dessen Qualität wieder sinnlich erfahrbar. In der Folge wurde sowohl von Bürgern als auch von Wissenschaftlern die Wiederherstellung der Farbausmalung des Vorkriegszustands gefordert. Falls der Stadt die Finanzierung aus eigenen Mitteln nicht möglich ist, könnten diese auch über private Mittel aus der Bürgerschaft (Fundraising) oder über Sponsoren aufgebracht werden. Die Wiederherstellung wäre ein Zeichen für die Bürger der Stadt Nürnberg, dass Tugenden wie Vernunft und Weisheit im Rathaus gegenwärtig sind.

### **Max-Morlock-Stadion**

Die Nürnberg Piraten setzen sich dafür ein, das ehemalige Frankenstadion dauerhaft in Max-Morlock-Stadion umzubenennen. Max Morlock war einer der herausragenden Fußballer in der ruhmreichen Geschichte des 1. FCN und Spieler bei der legendären Fußballweltmeisterschaft 1954. Die Fanseele schreit schon seit Jahren danach, ihm mit der Umbenennung des Frankenstadions ein Denkmal zu setzen. Mit Max Morlock identifizieren sich viele auch jüngere Fans, die seine Zeit nicht miterlebt haben. Peinliche Stadionnamen wie "Easy Credit" oder wie bei unseren Nachbarn "Trolli" können mit dieser Umbenennung und dem Verzicht auf Sponsoring verhindert werden. Umfragen haben ergeben dass der Grossteil der Stadionbesucher bereit wäre, 1,50 € mehr Eintritt als Ausgleich für externe Sponsoren zu zahlen wenn das Stadion den Namen Max Morlocks tragen würde.

### **Grünflächen sind mehr wert**

#### **Neue Baumstandorte im städtischen Bereich**

Die Piratenpartei setzt sich für die Schaffung neuer Baum- und Grünstandorte in städtischen Flächen, Plätzen und Strassen Nürnbergs ein. Vergleichende Statistiken weisen Nürnberg als die deutsche Großstadt mit dem nahezu geringsten Grünanteil, gerade im innerstädtischen Bereich, aus. Es ist unstrittig, dass Straßenbäume als "grüne Lunge", einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität und Stadtökologie leisten. Die Piratenpartei fordert dieses erkante Defizit aktiv anzugehen, und anstatt der immer weniger vorgenommenen Neu- bzw. Ersatzpflanzungen mehr Haushaltsmittel für die Schaffung neuer Grünstandorte zur Verfügung stellen.

#### **Verbesserung der Pflege städtischen Grünanlagen - Bürgerengagement nutzen**

Die städtischen Grünanlagen sind überwiegend in einem unbefriedigenden Zustand und machen einen ungepflegten Eindruck. So gibt es im Nürnberger Stadtpark eine Ansammlung von Bauzäunen, die vernachlässigte Bereiche des Parks abtrennen, im Bürgermeistergarten existiert als bodendeckende Bepflanzung hauptsächlich nur Efeu, und wichtige Anlagen an der Pegnitz wie der Nägeleinsplatz werden seit Jahren nicht mehr mit Pflanzen angelegt. Selbst Parkbänke werden hier nicht mehr repariert, sondern lediglich entfernt.

Laut städtischen Angaben steht für die Pflegemaßnahmen der Grünanlagen nur ein Betrag von 400.000 Euro zur Verfügung. Die Grünanlagen über Jahre zu vernachlässigen und dann mit aufwendigen und teuren Maßnahmen komplett zu sanieren, um diese Neuanlage dann erneut wieder zu vernachlässigen, ist keine nachhaltige Pflege. Die Piraten fordern, diesen Betrag für die Pflegemaßnahmen der Grünanlagen zu erhöhen, damit eine kontinuierliche, nachhaltige Pflege der Gärten und Parks ausgeführt werden kann.

Falls dies aus finanzieller Sicht nicht einzurichten ist, sollte die Verwaltung prüfen, in wieweit alternative Methoden der Grünflächenpflege wie die Einbindung des bürgerliches Engagement umgesetzt werden können, um z.B. mittels Patenschaften und Urban Gardening (neudt. für Stadtgärteln) die öffentlichen Grünanlagen unter Anleitung von städtischen Gärtnern in einen besseren Zustand zu versetzen.



### **Reformierung des Servicebetriebes Öffentlicher Raum (SÖR)**

Die Piratenpartei Nürnberg setzt sich für die Restrukturierung von SÖR (Servicebetrieb Öffentlicher Raum) mit der Aufteilung in die ursprünglichen Verwaltungseinheiten ein. Die selbstgesteckten Ziele wurden nur zum Teil erfüllt und des weiteren ist eine Verschlechterung der Serviceleistung an sich festzustellen. Dies wird überall dort deutlich, wo die Bürger direkt betroffen sind, sowohl in der Straßenreinigung, der Grünflächenpflege in öffentlichen Grünanlagen und Baumscheiben als auch und im Winterräumdienst.

Kleinere unabhängige Abteilungen können sich besser auf ihre Kernaufgaben konzentrieren und sind leichter zu steuern, als ein riesiger Verwaltungsapparat, der sich mehr mit internen Angelegenheiten beschäftigt, als sich auf die eigentlichen Aufgaben, die Dienstleistungen für den Bürger zu konzentrieren.

### **Attraktivitätssteigerung des Wohnumfeldes**

#### **Stärkung des Quartierscharakters**

Nürnberg besteht nicht nur aus der Altstadt, sondern auch aus zahlreichen Vororten, die mit ihren unterschiedlichsten Milieus identitätsstiftend Unterzentren bilden. Diese gilt es behutsam weiterzuentwickeln, damit sie auch in Zukunft ihre Rolle als attraktiver Wohnort nicht verlieren. Unter dem Aspekt der integrativen Stätteentwicklung ist es wichtig, das sowohl die Einkaufsmöglichkeiten des täglichen Bedarfs wie Metzgereien, Bäckereien und Cafes erhalten bleiben, als auch kulturelle Einrichtungen wie Stadtteilzentren mit Bibliothek, Jugend- und Seniorentreff weiter bestehen und ausgebaut werden.

So soll es ermöglicht werden, das auch Senioren möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung verbleiben können. Der Piratenpartei ist es hier wichtig, den Anwohnern bei den einzelnen Verbesserungsmaßnahmen genügend Raum zur Mitsprache zu geben, damit auf die individuellen Ansprüche der jeweiligen Stadtviertel eingegangen werden kann. Bei der Weiterentwicklung der einzelnen Stadtteile muss darauf geachtet werden, das durch die Verbesserung des Wohnumfeldes nicht zu einer Verdrängung der jetzigen Anwohner kommt, und das eine soziale Mischung gewahrt bleibt (Stichwort: Soziale Stadt).

#### **Sicherung der lokalen Nahversorgung**

In letzter Zeit ist sowohl die Schließung von kleinen Lebensmittelläden zu beobachten, als auch das Verdrängen von Vollsortimenter, da mit anderen Nutzungen eine höhere Rendite für die Immobilie erzielt werden kann. Diese Trends gefährden die Nahversorgung der direkt umliegenden Anwohner, die dann weitere Wege zu den Fachmarktzentren in Kauf nehmen oder sich mit der eingeschränkten Produktpalette der Discounter begnügen müssen. Dies trifft vor allem soziale schwächere Familien, die sich kein Auto mehr leisten können oder wollen und Senioren, die in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Die Piratenpartei sieht die Grundversorgung mit Lebensmittel als öffentliche Aufgabe und fordert hier die Stadt auf, aktiv dem Trend zu begegnen. Zwar kann man eine betriebswirtschaftliche Schließung nicht verhindern, aber mit dem Erlass von Veränderungssperren kann beispielsweise die Verwaltung einer Nutzungsänderung begegnen. Weitere Möglichkeiten wäre die Erfassung und Vermittlung von leerstehenden Immobilien, oder der Zwischenkauf von geeigneten Grundstücken durch die Stadt, welche dann nur mit Auflagen der Nutzung an Investoren weiterveräußert werden können, so dass eine Sicherung der direkten Nahversorgung gegeben ist.

### **Direkte Ansprechpartner in Bürgerbüros**

Die Piratenpartei Nürnberg setzt sich für die Einrichtung dezentraler Bürgerbüros der Stadt in den Stadtteilen ein. In diesen Bürgerbüros sollen die wichtigsten städtischen Dienstleistungen aus einer Hand angeboten werden, ähnlich wie jetzt schon jetzt bestehenden Bürgerämtern in Grossgründlach, Fischbach und Katzwang. Des weiteren könnte diese Einrichtung weitere Servicefelder wie Ansprechpartner im Vorfeld der Bürgerversammlungen, Moderationsbüro zur Bürgerbeteiligung, Sprechstunden zu Nachbarschaftsangelegenheiten (Quartiersmanagement) beinhalten und Internetarbeitsplätze oder kostenlosem WLAN, um allen Menschen in Nürnberg den Zugang zu Online-Foren der Stadt (virtuelle Bürgerversammlung, Bürger-Liquid o.ä.) zu ermöglichen.

### **Bürgernahe Polizei**

Die Piraten in Nürnberg setzen sich insbesondere auf kommunaler Ebene für Sicherheits- und Ordnungskonzepte ein, die nicht auf weniger, sondern auf mehr Demokratie aufbauen. Als Modell für eine bürgernahe Polizei könnte der "Schupo", oder Schutzmann an der Strasse dienen, der bis in die 70er Jahre d.v.Jhdt. in seinem Kiez direkter Ansprechpartner und Vertrauensperson für die Bevölkerung war. Wir möchten keinesfalls die polizeiliche Überwachung auf die Nachbarschaft erweitern, sondern ein modernes, serviceorientiertes und bürgernahes Rollenbild für diesen "Schupo" vorschlagen, das die Polizei wieder als Freund und Helfer begreift.

### **Recht auf Stadt**

Rückeroberung des öffentlichen Raumes durch die Bürger, gegen privatisierte und kommerzialisierte Nutzung

### **Bewusster Umgang mit dem Nürnberger Stadtbild**

Der Umgang mit dem Nürnberger Stadtbild wirkt derzeit plan- und perspektivlos. Die Piraten fordern von der Verwaltung ein umsichtigeres Handeln und die Erarbeitung eines Konzeptes wie zukünftig mit dem einzigartigen Stadtbild Nürnbergs verfahren werden soll. Bauvorhaben, die in weitgehend intakten Ensembles ausgeführt werden, sollten sich harmonisch in die Umgebung einfügen, (d.h. Dachform, Dachdeckung, Farbkanon der Fassade, Fensterproportionen aus der näheren Umgebung aufnehmen). Will der Bauherr hingegen die Umgebung bewusst ignorieren und einen sog. Solitäre in das Stadtgefüge stellen wollen, ist hier ein Architektenwettbewerb auszuführen und die Bevölkerung frühzeitig in den Prozess mit einzubinden, um eine entsprechende Qualität bzw. Akzeptanz zu erreichen

### **Beteiligung im Vorfeld von Bauvorhaben / Öffentlicher Baukunstbeirat**

Bei den letzten großen Bauvorhaben der Stadt Nürnberg ist festzustellen dass öfters an den Bedürfnissen der Bürger vorbeigebaut worden ist. Als Beispiel sei hier das Delphinarium im Tiergarten genannt, das durch seine enormen Kosten auch Auswirkung auf die Erhöhung der Eintrittspreise des Tiergartens hat. Die Nürnberger Piraten fordern deshalb die Bürger bereits viel frühzeitiger bei den Projekten der Stadt einzubinden. Bereits in den Vorstudien sollte eine breite Befragung und Bedarfsanalyse eingeholt werden, bevor das Bauvorhaben schon mittels zu vielen Vorgaben festgezurr ist, und sich die Bürgerbeteiligung nur noch auf die Farbe der Aussenfassade bezieht.

Wir wollen bisherige und zukünftige Aktivitäten und Projekte stärker in das Bewusstsein der Bürger bringen und das Interesse und die Bereitschaft aktiv mitzuwirken zu wecken. Termine, Veranstaltungen und Planungen im Vorfeld der Bauvorhaben sollen von der Stadt koordiniert und regelmäßig veröffentlicht werden.

Die Piraten fordern des Weiteren eine Änderung der Satzung des Baukunstbeirates, so dass anstehende Planungen nur mit wichtiger Begründung im nichtöffentlichen Teil behandelt werden. In den letzten Sitzungen ist aber festzustellen, dass immer mehr Bauherren die Öffentlichkeit scheuen und deshalb ihre Bauvorhaben im nichtöffentlichen Teil behandelt lassen. Aufgrund der Satzung ist dies schon mittels einfacher Beantragung möglich. Zwar gibt es vereinzelt triftige Gründe ein anstehendes Bauvorhaben nicht öffentlich zu besprechen (z.B. anstehender Grundstückskauf), jedoch treffen diese Gründe auf den größten Teil der Bauvorhaben nicht zu.

### **Bürgerbeteiligung „bottom up“ statt „top down“**

Viele Bürger wehren sich gegen die Zunahme der neoliberalen Durchdringung städtischen Lebensraumes und dem immer stärkerem Diktat der kommerziellen Interessen. Sie fordern ihre Recht auf Zugang zu allen kulturellen und sozialen Institutionen ein, und wollen aktiv ihr Lebensumfeldes mitgestalten. Bürgerbeteiligung beschränkt sich in Nürnberg jedoch derzeit meist nur auf die Abarbeitung des gesetzlich vorgeschriebenen Prozedere, das z.B. bei der Aufstellung von Bebauungsplänen explizit gefordert ist. Des weiteren besteht in der Politik immer mehr der Trend, Entscheidungen nicht mehr selbst zu erarbeiten, sondern diese Fachleuten zu überlassen, die meist nicht den Gesamtzusammenhang überblicken. Die Politik setzt hier auf die sog. „Diktatur der Expertokratie“, indem sie ihre Verantwortung an Gutachter abgibt, ohne die besten und geeignetsten Experten zu fragen, die Bürger vor Ort.

Die Nürnberger Piraten setzen sich dafür ein, dass die Verwaltung auch hier die Möglichkeiten der neuen Medien nützen und hierfür proaktiv Möglichkeiten erarbeitet, Meinungsbilder bei den Bürgern abfragen, Anregungen aufnehmen und diese in die städtischen Konzepte mit aufzunehmen. Die von oben verordnete Bürgerbeteiligung, die meist nicht angenommen wird, muss auf die urbanen Bewegungen eingehen und die von unten wachsenden Aktionen aufnehmen und fördern. Anstatt in unserem überwiegend repräsentativen Demokratiesystem ihre Stimme für ganze sechs Jahre abgeben und dazwischen nur wenig positive Einflussmöglichkeit zu besitzen, führt dies zu einer direkteren Demokratie, bei der die Bürger aktiv bei der Gestaltung ihrer Stadt eingebunden werden.

## **F Unsere Piraten vor Ort**

Vorstellung Kreisverband, Vorstand, Aktive, AG Kommunalpolitik  
Geschäftsstelle  
Photos der Aktiven

## **G Weitere Standpunkte in Kurzform**

Weitere Anträge in Kurzsätzen

Entwurf: AG Kommunalpolitik der Piratenpartei Kreisverband Nürnberg  
Ansprechpartner: Michael Bengl, 0171 1957791 michael.bengl@piraten-nbg.de